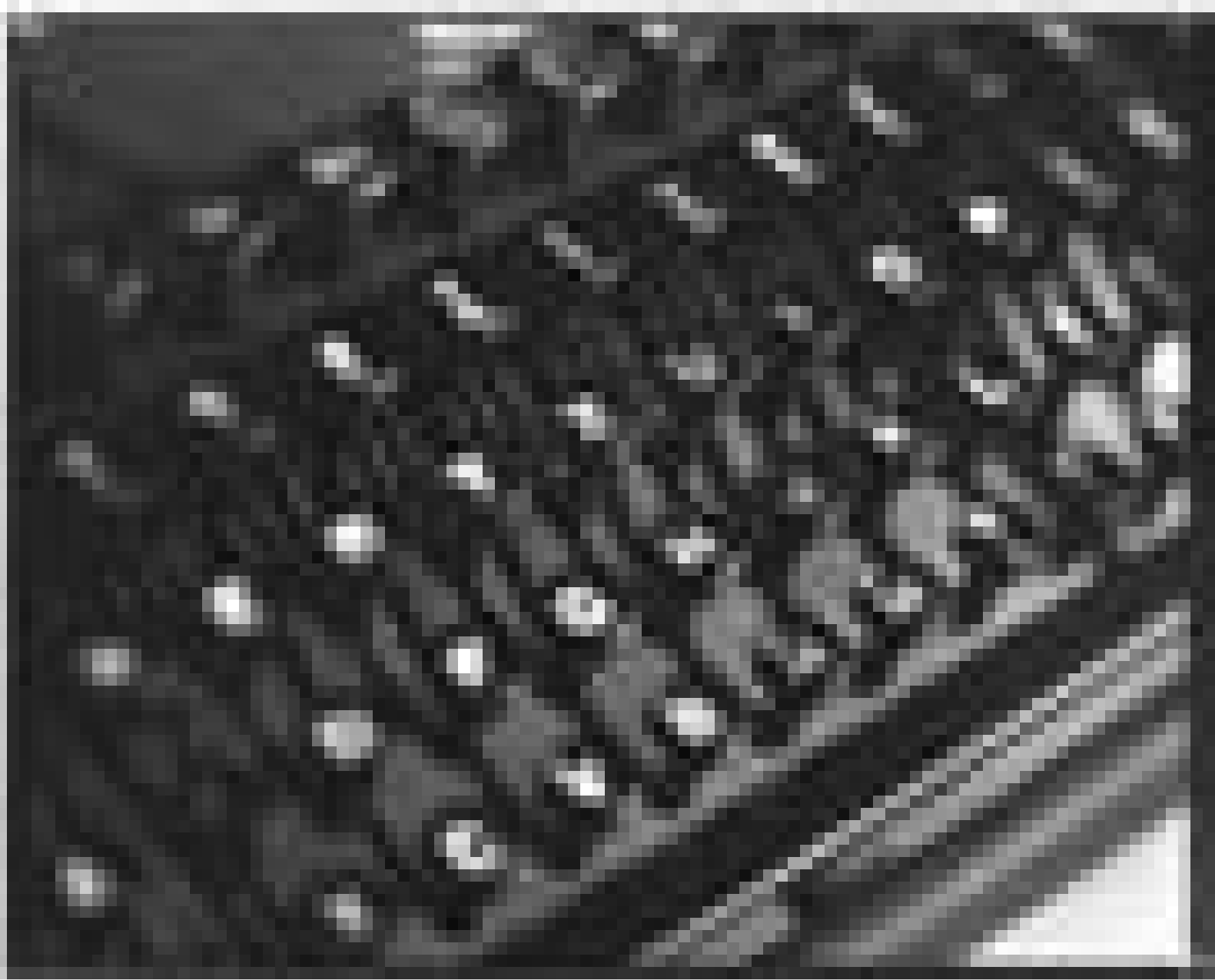


KRIEG UND FRIEDEN

Die Schlacht der Intellektuellen



Fotos: Christian Mosar

Den Westen gibt es nicht mehr: Zwischen den politischen Kulturen Amerikas und Europas klafft ein großer Graben.

Krieg und Frieden - wie in Lew Tolstoj's gleichnamigem Roman war dieser Jahrtausende alter Dualismus in den vergangenen Monaten das Streitthema in der Auseinandersetzung zwischen Intellektuellen dies- und jenseits des Atlantiks, seitdem die US-amerikanische Regierung zum Krieg gegen den Terrorismus aufgerufen hat. Um die so genannten amerikanischen Werte ging es zum Beispiel jenen 58 führenden US-Intellektuellen, die im Februar vergangenen Jahres die Erklärung "Wofür wir kämpfen" unterschrieben, in der sie den Anti-Terror-Krieg ihrer Regierung unterstützten. Zu den UnterzeichnerInnen des Appells gehörten der mit der Theorie vom "Kampf der Kulturen" berühmt gewordene Historiker Samuel Huntington und der Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, der nach dem Ende des Kalten Krieges mit seinem Buch über das "Ende der Geschichte" für Furore gesorgt hatte, aber auch die der Kriegstreiberei bisher unverdächtigen Denker Michael Walzer und Amitai Etzioni, zwei der führenden Köpfe des Kommunitarismus.

Der Aufruf der 58 war vor allem dazu gedacht, das militärische Vorgehen der USA in Afghanistan rechtsphilosophisch und ethisch zu rechtfertigen. Die UnterzeichnerInnen des Appells verbanden ihre Zustimmung zu kriegerischen Aktionen zwar mit der

Versicherung, "alles gegen die schmerzlichen Versuchungen zu tun, zu denen Nationen im Krieg neigen - vor allem Arroganz und Chauvinismus". Darüber hinaus versuchten sie den Wertehorizont der amerikanischen Gesellschaft zu beleuchten, indem sie Fragen aufwarfen wie: "Wer also sind wir? Was sind unsere Werte?" Zu den substanziellen Prinzipien, die dieses Wertefundament bildeten, zählten die Autoren unter anderem "die Überzeugung, dass alle Menschen eine angeborene Würde besitzen", die Existenz universal moralischer Wahrheiten sowie die Gewissens- und Religionsfreiheit. Die Beseitigung des Taliban-Regimes und die Vertreibung der Al Qaida aus Afghanistan, die sich gegen diese ethischen Kategorien richteten, rechtfertigte in den Augen der UnterzeichnerInnen den Bombenkrieg - obwohl damit der Tod tausender Menschen in Kauf genommen wurde. Dass auch jene AfghanInnen, die dem militärischen Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten zum Opfer fielen, "eine angeborene Würde besitzen", schien dabei eher sekundär.

Die Erklärung der 58 BefürworterInnen des Anti-Terror-Krieges wurde nur kurze Zeit später erwidert: Mit einem "Brief aus Amerika" richteten sich rund 150 ebenfalls US-amerikanische Intellektuelle - darunter der Schriftsteller Gore Vidal und der Historiker Howard Zinn - gegen das Ma-

nifest ihrer KollegInnen von einem "gerechten Krieg" und an "unsere Freunde in Europa". Letztere wurden aufgefordert, sich durch den Vorwurf des Anti-Amerikanismus nicht einschüchtern zu lassen und an der Bush-Regierung weiterhin eine "rationale und offene Kritik" zu üben. Dem Wunsch wurde von etwa 90 deutschen WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und PublizistInnen entsprochen. In einem offenen Brief riefen sie ihrerseits die Bush-UnterstützerInnen auf, mit der universalen Gültigkeit der Menschenrechte, die jene in ihrem Manifest betont hatten, Ernst zu machen.

Dabei wiesen Linksintellektuelle wie Elmar Altvater und Dorothee Sölle auf die Verletzung eben jener Menschenrechte in einer Reihe von kriegerischen Interventionen der USA nach 1945 hin. Die durch die internationale Anti-Terror-Allianz getöteten Zivilisten wogen für sie ebenso schwer wie die Opfer des Terroranschlags von New York: "Es gibt keine universellen Werte, die es erlauben, einen Massenmord mit einem weiteren Massenmord zu rechtfertigen", hieß es in dem Appell. Gewarnt wird in erster Linie vor der globalen Vorherrschaft der USA und vor einem "totalen Gehorsam" gegenüber Washington. In ihre Kritik bezogen die AutorInnen des offenen Briefs die in den USA vorherrschende Auffassung vom so genannten Kampf gegen die "Achse des

Bösen" mit ein. Diese führe dazu, die Welt nur durch die Brille amerikanischer Interessen zu sehen, hieß es in dem Appell.

Derweil ging der selbst als linksliberal geltende us-amerikanische Philosoph und Politikwissenschaftler Michael Walzer mit der Antikriegsfraktion in den USA hart ins Gericht. Er warf den Linken vor, in ihrer Stellungnahme gegen den Krieg nicht dessen Ursachen und Charakter zu berücksichtigen und dabei die Frage zu ignorieren, "wie zukünftige terroristische Anschläge" zu verhindern wären. "Der Kalte Krieg, imperialistische Abenteuer in Mittelamerika, vor allem Vietnam und dann die Erfahrung der Globalisierung unter amerikanischer Führerschaft", räumte Walzer in einem in der Tageszeitung veröffentlichten Aufsatz ein, "das alles hat aus guten und schlechten Gründen zunehmend für eine Sicht der Vereinigten Staaten als globalem Tyrannen geführt." Sicher habe es an der Politik der US-Regierung viel zu kritisieren gegeben, so Walzer weiter, aber "trotzdem war die linke Kritik - ich denke, am deutlichsten wird das seit der Zeit des Vietnamkriegs - dumm, überreizt und extrem ungenau." Die Vorschläge der Linken nach den Terroranschlägen vom 11. September seien "ohne jeden Sinn für Effektivität und Dringlichkeit", schrieb Walzer. Sie sähen ihre Aufgabe nur darin, sich gegen

die Staatsgewalt zu stellen, was immer diese tat. Zwar bewertete Walzer die Verteidigung der Bürgerrechte als positiv. Gleichzeitig hätten die Linken jedoch ignoriert, "dass das Land wirklichen Gefahren gegenüberstand".

Walzer nahm die USA vor ihren linken KritikerInnen in Schutz: "Nicht alles, was in der Welt schlecht läuft, läuft wegen uns schlecht. Die Vereinigten Staaten sind nicht omnipotent, und die politischen Führer sind keine Mitverschwörer in jeder humanitären Katastrophe." Die Linke müsse endlich aufhören, mit marxistischen Versatzstücken zu operieren und die Weltpolitik damit "in ein billiges Melodram" zu verwandeln, erklärte der Princeton-Professor und fügte hinzu: "Fangt mit Aufrichtigkeit an, dann werden wir sehen."

Von einem Präventivschlag gegen den Irak ohne UN-Mandat hielt Walzer, der bereits in den 70ern in seinem gleichnamigen Buch die These von einem "gerechten Krieg" zu belegen versucht hatte, indes wenig. Dies geht aus seinem jüngst ins Deutsche übersetzte Buch "Erklärte Kriege - Kriegserklärungen" hervor, einer Sammlung von Walzer-Artikeln aus den Jahren 1995 bis 2002. Der Politikwissenschaftler begründet hierbei nicht nur, weshalb er die Intervention gegen Slobodan Milosevic im Jahr 1999 noch befürwortet hatte, den Irak-Krieg jedoch ablehnte. Aus der Erfahrung des Vietnamkrieges rehabilitierte er einerseits einmal mehr die Lehre vom "gerechten Krieg" und distanzierte sich von jenen, die jedwedes militärisches Vorgehen ablehnen, schlug aber andererseits kurz vor der Offensive gegen Saddam Hussein in einem Artikel für die "New York Times" vor, die Sanktionen auszudehnen sowie die UN-Inspektionen zu intensivieren, um einen Krieg zu vermeiden. Nur gute Gründe rechtfertigten einen "gerechten Krieg", so Walzer. Ein Regimewechsel gehöre dabei nicht in das Repertoire der Legitimationsgründe.

Der Aufstieg der "Neocons"

In den USA fand Walzer, der am Institut for Advanced Studies in Princeton lehrt, damit wenig Gehör. Denn dort haben mittlerweile ultrakonservative Denker die Meinungsführerschaft übernommen. Ihr Vormarsch zur intellektuellen Hegemonie geht einher mit dem Niedergang der Liberalen in der amerikanischen Politik. Deren Theoretiker wurden schon längst abgelöst: Nachdem John Rawls (1921-2002) mit seinem philosophischen Klassiker "Theorie der Gerechtigkeit" (1971) in den 1970er Jahren noch eine philosophische Grundlegung des liberalen und demokratischen Rechtsstaates sowie der sozialen Marktwirtschaft geschaffen hatte, radikalisierte sein Harvard-Kollege Robert Nozick (1938-2002) unter anderem mit dem Buch "Anarchie, Staat und Utopia" (1974) den Liberalismus antisozialstaatlich und staatsmi-

nimalistisch und lieferte damit den theoretischen Hintergrund für die Reagan-Ära. Unterdessen entstanden in den USA zwei Denkschulen, die sich auf unterschiedliche Weise kritisch mit dem Liberalismus auseinandersetzten. Während seit den 80er Jahren eine Gruppe von SozialwissenschaftlerInnen und PhilosophInnen, die so genannten Kommunitarier um Etzioni, Walzer, Alisdair MacIntyre, Michael Sandel und Charles Taylor, das Gemeinwesen wieder entdeckten, in ihrer (mehr oder minder scharfen) Kritik am Liberalismus jedoch keine einheitliche Strömung bildeten, die teilweise eng mit dem Liberalismus verbunden blieb (Walzer), machte eine andere Bewegung das liberale Denken für alle Übel der Gegenwart verantwortlich. Mittlerweile dominieren diese neokonservativen Denker die politische Diskussion in den USA und sorgen gewissermaßen für das theoretische Fundament für die Politik der Bush-Regierung. Die neue philosophische Schule beruft sich dabei auf die Lehre des deutsch-jüdischen Philosophen Leo Strauss - zu dessen eifrigsten Jüngern der heutige stellvertretende US-Verteidigungsminister gehört, Paul Wolfowitz.

Die "Neocons", wie die neuen Konservativen genannt werden, setzen auf einen auf Bürgertugenden basierenden Patriotismus. An eine auf internationalem Recht basierenden, friedlichen Weltordnung glauben die Straussianer nicht. Staaten haben nach ihrer Vorstellung Feinde und müssen sich gegen diese verteidigen. Eine Institution wie die Vereinten Nationen lehnen sie strikt ab. Die USA dürfe sich von einer solchen nicht fesseln lassen und müsse stattdessen auf ihre imperiale Macht setzen. "Stabilität ist ein Auftrag, der Amerikas nicht würdig ist. Wir möchten keine Stabilität im Iran, in Syrien, im Libanon, und sogar in Saudi-Arabien möchten wir keine Stabilität. Wandel wollen wir. Kreative Zerstörung ist unser Mittel, ob es unsere Gesellschaft betrifft oder das Ausland", giftete der neokonservative Strategie Michael Ledeen, während sein Gesinnungsgenosse William Kristol lamentierte: "Amerika war zu ängstlich und zu schwach und nicht aggressiv genug in der Ära nach dem Kalten Krieg."

Die neokonservativen Vor-denker machten sich auf dem Weg ins Weiße Haus alles zu Nutzen, was ihnen dienlich war. Der Utilitarismus, die philosophische Richtung, die das menschliche Handeln allein nach dessen Nutzen betrachtete und die mit den Ideen des politischen Liberalismus eines John Rawls längst überwunden schien, feierte seine Urstände. Die "Neocons" verbündeten sich mit den religiösen Konservativen - aus strategischen Gründen gewissermaßen: "Wenn Gott nicht existiert und Religion eine Illusion ist, ohne die eine Mehrheit der Menschen nicht leben kann, soll man die Menschen an die Lüge der Religion glauben lassen", schrieb

Kristol in einem Essay. Außenpolitisch lautet die Devise der "Neocons" Expansion, eine Art umgekehrte Dominotheorie, der nach dem Irak auch noch andere Staaten zum Opfer fallen würden.

Nestor der Konservativen

"Weil der Mensch von Natur aus böse ist, darum braucht er Herrschaft. Herrschaft ist aber nur herzustellen, das heißt, Menschen sind nur zu einigen in einer Einheit gegen - gegen andere Menschen. Jeder Zusammenschluss von Menschen ist notwendig ein Abschluss gegen andere Menschen." Diese Zeilen schrieb Leo Strauss (1899-1973), der Nestor der Neokonservativen, in einem Brief an den deutschen Staatsrechtler und Nazi-Theoretiker Carl Schmitt, der die Freund-Feind-Theorie als Grundlage aller menschlichen Gemeinschaften verfocht. Dessen Weg konnte Strauss allein schon wegen seiner jüdischen Herkunft nicht ge-

hen: Für ihn war der Nationalsozialismus ebenso wie der Kommunismus eine Folge des werte-nihilistischen Liberalismus. Das Denkschema und die demokratiefeindliche Stoßrichtung blieben bei Schmitt und Strauss letztendlich aber dieselben.

Letzterer hatte Deutschland bereits 1932 verlassen, zuerst nach Großbritannien, zwei Jahre später in die USA, wo er unter anderem an der Universität von Chicago unterrichtete und 1973 starb. Noch 30 Jahre nach Strauss' Tod betreiben seine Anhänger einen regelrechten Kult um ihn und seine akademische Lehre. "Verlust der Tugend", "sittlicher Verfall", Kritik an Feminismus, Abtreibungsrecht und Multikulturalismus, Strauss dient den rechtsintellektuellen "Neocons", die keinen Hehl aus dem elitären Charakter ihrer Kulturkritik machen, als Kronzeuge. Für den linksliberalen britischen Autor Will Hutton stellt der Straussianismus das "weitgehendste, reaktionärste politische Pro-

gramm dar, das seit dem Zweiten Weltkrieg in einer westlichen Demokratie Bedeutung erlangt hat". In den USA haben die "Neocons" sich sukzessive zur mächtigsten Schule politischen Denkens entwickelt. Ihre Anhänger fanden sie nicht nur unter den klassischen Konservativen, sondern auch unter ehemaligen Linken - in treuer Gegnerschaft zum Liberalismus. Das 1997 von William Kristol gegründete "Project For The New American Century" (PNAC) dient ihnen dabei als Denkfabrik und Sprachrohr zugleich. Das PNAC empfahl bereits 1998 dem damaligen US-Präsidenten Bill Clinton eine Invasion im Irak. Doch erst der Sieg von George W. Bush verhalf den "Neocons" zum völligen Durchbruch.

Nachruf auf eine Weltmacht

Die konservative Wende hat die derzeitige politische Kultur in den USA entscheidend geprägt. Diese unterscheide sich von der europä-

ischen wie selten zuvor, stellte der deutsche Politikwissenschaftler Claus Leggewie unlängst fest: "Den Westen gibt es nicht mehr, weder militärisch noch wirtschaftlich noch sozialpolitisch, zwischen Amerikas Mainstream und Europa verlaufen Gräben, die kaum weniger tief sind als der zwischen der europäischen und ostasiatischen Auffassung politischer Kultur." Selbst in der konservativen FAZ richteten sich SchriftstellerInnen wie die Inderin Arundhati Roy wortgewaltig gegen die Politik der US-Regierung. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas schrieb in derselben Zeitung: "Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern."

Gemeinsam mit Jacques Derrida hielt Habermas in verschiedenen europäischen Tageszeitungen Ende Mai ein Plädoyer für Europa und nannte die großen Antikriegsdemonstrationen vom 15. Februar ein "Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit". Unter den intel-

lektuellen Veteranen in Deutschland ergriff selbst Martin Walser das Wort: "Das Erstaunliche ist ja, dass Amerika durch den Vietnamkrieg nichts dazugelernt hat", schrieb er im "Rheinischen Merkur" und erklärte: "Wenn Europa es nicht schafft, den Machtausübungsanspruch Amerikas zu bremsen, dann heißt das einfach, dass Europa eine Illusion ist."

Aus der ungelösten Aufgabe, "mit dem unvermeidlichen Machtverlust in einer immer stärker bevölkerten und immer mehr entwickelten Welt fertig zu werden", erklärt Emmanuel Todd das Verhalten Amerikas. Der französische Publizist und Politologe hat im vergangenen Jahr einen Nachruf auf die Weltmacht USA geschrieben, der seitdem in den europäischen Bestsellerlisten steht. Sein Urteil: "Die Macht der Vereinigten Staaten erscheint brüchig und bedroht."

Stefan Kunzmann

Comeback aus dem Koma

(sk) - "Der Intellektuelle liegt im Koma", lästerte vor Jahren noch der deutsche Publizist und Schriftsteller Bruno Preisendörfer und fügte hinzu: "Dabei weiß keiner, ob es überhaupt etwas zu erben gibt außer Schulden." Der Krieg gegen den Irak hat die oft Totgesagten revitalisiert. Der von den USA und seinen Verbündeten ausgerufene "Krieg gegen den Terrorismus" hat Intellektuelle weltweit auf den Plan gerufen. Der so genannte Anti-Terror-Krieg bringe "immer neue Gewalt über unschuldige Menschen und nährt das Gefühl des Hasses und der Rache, die zum Terrorismus führen", hieß es zum Beispiel in der "Berliner Erklärung" zu Beginn dieses Jahres, mit der WissenschaftlerInnen, KünstlerInnen und PolitikerInnen gegen den Irak-Krieg protestierten. Im März folgte dann die deutsch-französische Initiative "zur Verhinderung eines völkerrechtswidrigen Präventivkrieges": Der Aktion schlossen sich mehr als 900 Schriftsteller, Künstler und Wissenschaftler aus 23 Ländern an, darunter die Filmemacher Andreas Dresen und Margarethe von Trotta, der Philosoph Jacques Derrida sowie die Schriftstellerin Elfriede Jelinek und Litera-

turnobelpreisträger Günter Grass. Offene Briefe, Manifeste oder Appelle haben eine lange Tradition, die eng verbunden ist mit der Geschichte der literarischen Moderne. Als Geburtsstunde des modernen Intellektuellen gilt bis heute die Dreyfus-Affäre und Emile Zolas berühmter Brief an den französischen Präsidenten vom 13. Januar 1898. Sein polemisches "J'Accuse" ist bis heute Vorbild intellektuellen Engagements. Zur traurigen Berühmtheit brachte es in Deutschland zu Beginn des Ersten Weltkrieges das unter dem Titel "An die Kulturwelt" erschienene "Manifest der 93". Der Aufruf von deutschen Kulturschaffenden war ein Bekenntnis zu Krieg und Rassismus. Vier Jahre später, gegen Ende des Krieges, erschien ein weiterer Aufruf. Von den Unterzeichnern hatten bereits einige das "Manifest der 93" signiert, darunter der Dramatiker Gerhart Hauptmann. Diesmal nahm der Appell jedoch eine ganz andere Richtung: "Es ist an der Menschheit in einem ungeheuren Maß gesündigt worden. Die zivilisierte Welt wurde zum Kriegslager und zum Schlachtfeld. Es ist

endlich Zeit, dass eine große Welle der Liebe die verheerende Woge des Hasses ablöst." Die Deutschen seien von ihren Dichtern und Denkern genasführt worden, schrieb daraufhin Hugo Ball in der "Freien Zeitung". Der Dadaist forderte: "Kündigt ihnen endlich das Vertrauen auf, deutsches Volk. Sie wittern die Konjunktur und wollen nun in Menschlichkeit machen, wie sie vier Jahre lang in Militarismus und Völkerhass gemacht haben."

Der Schritt hin zum regierungskritischen Intellektuellen wurde in Deutschland erst mit Verspätung vollzogen. Zu seinem Prototyp wurde Heinrich Mann. In seinem 1910 erschienen Essay "Geist und Tat" schrieb Mann: "Ein Intellektueller, der sich an die Herrenkaste heranmacht, begeht Verrat am Geist." 23 Jahre später warfen die Nazis Bücher der Brüder Mann auf den Scheiterhaufen. Die Bücherverbrennung, für den Germanisten Hans Mayer ein Symptom für den Rückfall in die Zeit des Hexenhammers, der Hexenprozesse und der Inquisition, stellte sicher einen Höhepunkt deutscher Intellektuellenfeindschaft dar.



Selbst in der Bundesrepublik erreichten Intellektuelle, die der deutsche Ex-Minister und bayerische Ministerpräsident einmal abfällig als "Pinscher" bezeichnete, nie einen solchen Stellenwert wie in Frankreich. Nirgendwo sei der Übergang zwischen Geschichte, Politik und Kultur so fließend wie in der Grande Nation, so Jürg Altwegg in seinem Buch "Die Republik des Geistes". Und nirgendwo genoss ein Intellektueller den Status eines Popstars wie Jean-Paul Sartre, der einen ganzen Lebensstil verkörperte und mit ihm das Verhalten einer ganzen Generation prägte. Bei Sartres Begräbnis 1980 folgten Zehntausende dem Sarg des Philosophen zum Friedhof von Montparnasse, darunter die gesamte Crème de la Crème der französischen Intelligenzia - unter ihnen befand sich auch der junge Bernard-Henri Lévy: Als wolle er den Beweis dafür erbringen, legitimer Nachfolger Sartres zu sein, verfasste der französische Vorzeige-Intellektuelle eine Biografie über den Existenzialisten-Guru. Dabei ist Lévy durch seine Omnipräsenz längst selbst zum Medienstar avanciert: Während des Bosnienkrieges harnte er zusammen mit bosnischen Philosophen im Bunker aus, und auch heute noch lässt er kaum einen weltpolitischen Brennpunkt aus, um sich in Szene zu setzen. Sein Kürzel BHL dient ihm als Markenzeichen. Die neue Generation von Intellektuellen, als deren ideale Bühne früher hauptsächlich das Feuilleton diente, hat mittlerweile das Fernsehen entdeckt. "Ständig geben sie Interviews, streiten in Talkshows und perfektionieren die Zehnsekundenstatements in der 'Tagesschau'", so Norbert Bolz in der taz. Seit den 70er Jahren wird die Rolle der Intellektuellen zunehmend skeptisch hinterfragt und ihnen ihre politischen Irrtümer und Selbstüberheblichkeit vorgehalten, zumeist von Intellektuellen selbst. Die Diskrepanz zwischen universellem Anspruch und selbstreflexiver Standortbestimmung behandelte Pierre Bourdieu in "Ein soziologischer Selbstversuch". Der im Januar vergangenen Jahres verstorbene Soziologe grenzte sich darin von den französischen Intellektuellen ab, "die sich an jeder aufsehen-erregenden Petition, jeder schicken Demonstration beteiligen, ohne das Vorwort für einen Kunst Katalog zu vergessen".